



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0886890

F/XIII/175 - 6. August 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Unbelehrbare SPD ?	49
	Das Karlsruher Urteil und die Bonner Atombombenpolitik	
2 - 3	Die westliche Suche nach einer Mittelostpolitik Macmillans Haltung bei einem Spitzentreffen	66
4 - 5	Die törichte Knausererei Zur abgebrannten Kille für die Entwicklungsländer	75
6 - 7	In Schleswig-Holstein fehlen 100 000 Wohnungen Vorschau auf Landtagswahl - Alpdruck der kleinen Parteien	70

* * * * *
* * * * *

Unbelehrbare SPD?

sp - Nach dem Karlsruher Urteil versuchten die Propagandisten der Bonner Regierungsparteien in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, mit diesem Spruch, der Volksbefragungen in den Ländern und Gemeinden über die Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen verbietet, sei der Opposition auch die politische Grundlage ihres Kampfes gegen die Bonner Rüstungspolitik entzogen worden. Die ersten Erklärungen führender sozialdemokratischer Politiker und die Stellungnahme des sozialdemokratischen Parteipräsidenten vom Montag waren deutlich genug; sie liessen keinen Zweifel darüber, dass die deutsche Sozialdemokratie, und mit ihr alle jene Männer und Frauen, die sich ihr verbunden fühlen, den Richterspruch von Karlsruhe nicht als ein Urteil über die Richtigkeit ihrer Politik in Fragen der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen betrachten. Das stand in Karlsruhe überhaupt nicht zur Debatte, ein solches Urteil käme den obersten deutschen Richtern gewiss nicht zu, und sie hatten auch gewiss nicht die Absicht, sich zum Schiedsrichter über zwei verschiedene Verteidigungskonzeptionen, die der Regierung und die der Opposition, aufzuwerfen.

Der CDU gehen nun die Ankündigungen der Sozialdemokratie, sie werde in ungebrochener Entschlossenheit auch weiterhin das Volk zu Willenskundgebungen und Protesten aufrufen - die Karlsruhe ja nicht verboten hat -, es über die tödlichen Gefahren einer deutschen Beteiligung am Rüstungswettlauf in atomaren Waffen aufklären und sich mit aller Kraft dagegen stemmen, dass unser gespaltenes Land noch tiefer in die Verstrickungen der Militärblockpolitik hineingerät, auf die Nerven. Sie tut so, als ob es nach Karlsruhe für das deutsche Volk eine Atomfrage nicht mehr gebe. Sie möchte sie aus der öffentlichen Diskussion ausschalten, damit die Menschen gewissermassen eingeschläfert werden. Die Sozialdemokratie hat nicht die Absicht, der grössten Regierungspartei und ihren Erbanten bei diesen Einschläferungsversuchungen Hilfestellung zu leisten. Sie bleibt sich ihrer Aufgabe treu, eine Partei des Friedens zu sein. Eine deutsche Friedenspolitik aber schliesst die Ausrüstung der Bundeswehr mit Vernichtungswaffen aus.

Die internationale Politik geht stürmischen Tagen entgegen. Noch ist nicht entschieden, ob der Sturz in die Atomwaffenanarchie, für den der Bundestagsbeschluss vom 25. März d.J. das Startzeichen gab, wirklich nicht mehr aufzuhalten ist, und ob es vielleicht doch noch gelingen wird, diese Kettenreaktion zu stoppen. Noch sind nicht unkorrigierbare Tatsachen geschaffen. Das Verhängnis eines allgemeinen Rüstungswettlaufes lässt sich noch aufhalten. In ihrem Bemühen, einer scheinbar automatischen Entwicklung in die Räder zu fallen, steht die Sozialdemokratie nicht allein, die von Atomfurcht gepeinigten Völker sind ihre natürlichen Bundesgenossen. Niemals wird sich die Sozialdemokratie mit der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik abfinden. Das ist sie sich selbst, dem deutschen Volke und einer nach Frieden und Ausgleich suchenden Welt schuldig - unabhängig davon, ob ihr dies das Missfallen der CDU oder das scheinheilige Lob von Kommunisten einträgt.

+ + +

Die westliche Suche nach einer Mittelostpolitik

E.A., London

Premierminister Macmillan hat eine Woche Zeit gewonnen, um seine kurz- und langfristige Mittelostpolitik mit der amerikanischen und vielleicht auch der französischen auf einen Nenner zu bringen. Gelingt ihm das nicht, so wird Chruschtschow auf dem Gipfel alle Trümpe in der Hand halten und Macmillans kurzlebiger Triumph, als Sprecher einer geeinten Nation "Frieden im Mittelosten zu britischen Bedingungen" zu erlangen, wird wie eine Seifenblase zerplatzen.

Auf kurze Sicht dürften Washington und London ihre Ziele in Einklang bringen. Eine von der UNO garantierte Neutralität des Libanon und Jordaniens gäbe die Möglichkeit, die in der ersten Parik nach dem Umsturz im Irak vorgenommenen Landungen in Beirut und Amman zu liquidieren, ohne dass man dabei zuviel "Gesicht verliert".

Die britische und amerikanische Anerkennung der Revolutionsregierung in Bagdad bedeutet praktisch die Einleitung der Liquidierung der Landungen. Für die Amerikaner hat die Präsidentenwahl im Libanon den Weg erleichtert. Für Grossbritannien aber ist die Aufgabe nicht so einfach. Um eine Ehren- und Bündnispflicht zu erfüllen, hatte man die Fallschirmjäger über Amman abspringen lassen, so wenigstens hiess die offizielle Begründung. Für den Augenblick wurde damit Husseins Thron gerettet. Aber niemand gibt sich in London der Illusion hin, dass das feudalistische Regime Husseins aufrechterhalten werden kann, wenn die britischen Truppen Jordanien verlassen haben werden. Einer UNO-Polizei könnte man weder diese Aufgabe zumuten, noch könnte sie auf die Dauer sie ausführen. Liquidierung der Landung bedeutet somit stillschweigendes Preisgeben Husseins.

Eine UNO-Streitmacht in Jordanien könnte nur entsandt werden, um eine Volksbefragung zu überwachen, die über die Zukunft des Landes und dessen Verhältnis zu den Nachbarstaaten entscheiden würde. Ein Plebiszit in dieser Form kann nur unter Mitarbeit Husseins arrangiert und mit seiner Abdankung beendet werden. Es ist mehr als fraglich, ob man Zustimmung auf dem Gipfel und in der UN-Versammlung dafür findet, dass die internationale Polizei in Jordanien bleibt.

um dessen Neutralität und territoriale Integrität zu gewährleisten. Andererseits nämlich würde sich Jordanien der Vereinigten Araberrepublik anschließen. Israel aber hat in London keinen Zweifel darüber bestehen lassen, dass es in diesem Falle marschieren und eine Grenzlinie auf dem westlichen Jordanofer besetzen würde, die es auch verteidigen könne. Vergeblich hat London versprochen, auf eine neue Viermächtegarantie für Israel - mit Einschluss der Sowjetunion - hinzuarbeiten.

Auf längere Sicht hin aber herrscht in Whitehall wenig Neigung, die amerikanischen Fühler für eine Verständigung mit Nasser und dem Panarabismus zu unterstützen. Vielmehr versucht die britische Diplomatie, die neue irakische Regierung gegen die Aspirationen Ägyptens auszuspielen. Man hat in London mit Genugtuung vermerkt, dass die Kassar-Regierung die Öleinnahmen des Irak weiter in eigener Hand behalten möchte und daher eine Wirtschaftsunion mit der Vereinigten Araberrepublik vorderhand ablehnt. Man hofft weiter, dass Irak sich der Vorteile, die dem Lande aus der Wirtschaftszusammenarbeit der Bagdadländer entsprossen, auch in Zukunft erfreuen möchte. Könnte man Irak aus der Vereinigten Araberrepublik fernhalten, so bestünde auch die Möglichkeit, Bahrain, Kuwait und die anderen Scheichtümer am Persischen Golf unter britischem Protektorat zu halten.

Kurzum, die britische Bereitschaft, sich mit einer Art Koexistenz mit dem Panarabismus abzufinden, macht noch immer Halt an den Schranken der strategischen und wirtschaftlichen Interessen, die der Status quo in Aden und am Persischen Golf erheischen.

Da sich Washington und London der Differenzen im eigenen Lager bewusst sind, haben sie Präzedenzfragen benutzt, dem sowjetischen Drängen auf Gipfelbesprechungen über den Nahen Osten Bremsen anzulegen. Die daraus entstandenen propagandistischen Nachteile haben sie verschmerzen zu können geglaubt. Wann sie aber nun ihre Mittelostpolitik auf weite Sicht nicht auf einen Nenner bringen könnten - und die Haltung von de Gaulle und die tiefen Differenzen zwischen Washington und London deuten darauf hin - so dürften Spitzenbesprechungen der Weltöffentlichkeit als Gipfel der Verwirrung erscheinen.

Die törichte Knäuserei

K.J. Die Kettenreaktion westlicher Pleiten im Nahen Osten begann - können wir einmal nur die jüngste Geschichte - mit der Absage Amerikas, Ägypten Geld für den Bau des Assuan-Staudamms zu geben. Was dann von Suez bis Bagdad geschah, waren die Früchte einer Politik, die wechselweise mit Verständnis für den Selbständigkeitswillen der arabischen Völker, mit Einsicht in deren Emotionen und mit politisch bindungsloser Wirtschaftshilfe gezeigt hatte. Nasser zeigt Moskau nicht nur ein freundliches Gesicht, weil er von dort platonische Solidaritätserklärungen bekam, sondern auch ökonomische Korsettstützen. Nicht nur die militärischen Kraftakte sind es gewesen, die den Westen im großen Wettlauf um die Sympathien der arabischen Völker, und darüber hinaus der ganzen farbigen Welt, zurückgerufen haben.

Die Bundesrepublik erfreut sich in den Entwicklungsländern einer beachtlichen Beliebtheit. Sie ist nicht mit der schwerwiegenden Hypothek des Kolonialismus belastet - und sie hat sich aufgeschlossen gezeigt gegenüber den materiellen Bedürfnissen dieser Länder. England und Frankreich tun das als Westeuropäische Exponenten zwar auch, jedoch denken sie in der bilateralen Hilfeleistung nur an die Länder des Commonwealth und der Französischen Union. Die Bundesrepublik öffnet den Geldbeutel, soweit es einen rein nationalen Hilfsakt darstellt, auch für die politisch unabhängigen Staaten. Das ist anzuerkennen, nur eben: sie öffnet ihn nicht weit genug, und sie kneift ihn vorzeitig wieder zu. Das ist die große Unklugheit, die neben unserem guten moralischen Kapital auch handgreifliche materielle Chancen verstreut. Der kluge Politiker denkt auch an die Investitionen, die sich erst morgen und übermorgen münzen. Wäre nicht eine initiative deutsche Industrie, die couragiert von sich aus Investitionen wagt, sähe es traurig aus.

Als der Bundesfinanzminister im Frühjahr den Statposten für entwicklungsgefährdete Länder in Höhe von 50 Millionen für das neue Haushaltsjahr strich, glaubte man erst, nicht recht zu hören. Die Regierungsexperten hätten dafür natürlich ihre Erklärung zur Hand: die in zwei Etatjahren zweimal bewilligten 50 Millionen waren nur zu etwa zehn Prozent ausgegeben worden. Ängstlich hatte sich die Bürokratie an die Vorgabegrundsätze gehalten, nach denen nur Geld in die Projekte der Entwicklungsländer gegeben wird, wenn diese die nötigen Vorarbeiten leisten und einen entsprechenden

setzen an Eigenkapital abzuschließen. Im Prinzip gewiß ein gesunder Geschäftsgrundsatz - wird er über allzu engherzig strepasziert, verliert das ganze Unternehmen an Gewicht, Schwung und Erfolgsaussicht. Während der diesjährigen Haushaltsberatungen hatte die SPD vorgeblich darauf gedrungen, die vom Finanzminister gestrichlenen 50 Millionen wieder in den Etat einzusetzen; eine kurzsichtige Mehrheit aber meinte, mit den bisherigen Leistungen sei genug getan. Werden die zweimal bewilligten Mittel weiter wie bisher so sparsam ausgegeben, dann kann es noch zehn Jahre dauern, bis für die Entwicklungsländer von Bonn ein neuer Topf aufgemacht wird; Von dem 38-Milliarden-Etat des diesjährigen Bundeshaushalts bekommt beinahe ein Drittel die militärische Aufrüstung - die moralische Aufrüstung der Bundesrepublik nach außen war der Mehrheit im Parlament keine 50 Millionen wert.

Es wird also nur mühsam vorangehen mit den von deutschem Geld zu errichtenden technischen Lehranstalten, im Nahen Osten, mit den Werkstätten der gewerblichen Wirtschaft, den Mustergütern, der Gesundheitshilfe, der Entsendung von Ausbildungskräften und der Aufnahme von Facharbeiterpraktikanten aus diesen Ländern hier bei uns; Weitere 50 Millionen für die Zwecke wären ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein der Entwicklung einer mittleren technischen Intelligenz gewesen, zumal die Bundesregierung sich ängstlich hütet, Geld für eine großangelegte Industrialisierung auszuwerfen, weil sie die "Gefahr eines bindungslosen Industrieproletariats" heraufkommen sieht.

Mit der sparsamen Quacksalberlei an den entwicklungsfähigen Völkern ist wenig geholfen. Sie drängen unaufhaltsam aus ihrer technischen und wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit heraus und suchen sich ihre Freunde dort, wo sie sich anbieten. Wehe uns, wenn sie ihre Freunde eines Tages nur noch in den kommunistischen Staaten sehen zu können glauben! Politische Anerkennung des Souveränitätsstrebens und praktische Hilfe müssen Hand in Hand gehen. Im Falle Irak ist die Bundesrepublik erst einmal wieder vollkommen unnötig einige Längen zurückgeblieben: der irakische Außenminister hat sehr wohl vermerkt, daß die Revolutionsregierung in Bagdad sehr schnell von Pankow und nur zögernd später von Bonn anerkannt wurde. Ob die Nahestaat, an der Spitze Nassers Vereinigte Arabische Republik, auf die Dauer lieber zu Bonn als zu Pankow diplomatische Beziehungen unterhalten, bleibt abzuwarten. Gewiß liegen die größeren politischen und wirtschaftlichen Gewichte bei uns, und es besteht kein Anlaß, eine Verschiebung zugunsten Pankows zu erwarten - die good-will-Aktionen des kommunistischen Lagers aber dürfen in ihrem Eindruck auf die empfindlichen Nahestaat nicht unterschätzt werden.

Es kommt nicht nur darauf an, was einer gibt und wieviel, sondern auch in wachem Geiste und wie schnell er es gibt.

In Schleswig-Holstein fehlen 100 000 Wohnungen

Am 28. September, also in etwa sieben Wochen, finden in Schleswig-Holstein Landtagswahlen statt. Rund 1,5 Millionen Wahlberechtigte sollen im nördlichsten Bundesland zwischen Nord- und Ostsee, zwischen dänischer und Zonengrenze, einen Landtag wählen, der aus 59 Abgeordneten besteht. Dieser Landtag wird übrigens nach der Wahlentscheidung entsprechend der Landessatzung nur dann das Koalitionskabinetts aus Christlichen Demokraten, Freien Demokraten und dem Gesamtdeutschen Block unter dem linientreuen Ministerpräsidenten v. Hassel (CDU) ablösen können, wenn er mit Mehrheit einen neuen Regierungschef benennt.

In den roten Armsesseln des Plenarsaales des Landeshauses, des früheren Marinekommandos der Ostsee an der blauen Förde sitzen sich heute vor allem 25 Sozialdemokraten und 25 Christliche Demokraten gegenüber, wobei die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl am 12. September 1954 mit 33,2 Prozent der Stimmen die stärkste Partei im Norden wurden und noch mit einem Prozent vor der stärksten Regierungspartei lagen. Bereits jetzt kann gesagt werden, dass die grosse Entscheidung zwischen diesen beiden Parteien fallen wird, die ihren Stimmenanteil von zusammen 47,3 Prozent bei der Landtagswahl 1950 auf 78,9 Prozent bei der Bundestagswahl im Herbst ständig verstärken konnten.

Bei den drei kleineren Parteien, den Freien Demokraten, dem Gesamtdeutschen Block und der Deutschen Partei, grassiert die Angst vor der Fünf-Prozent-Sperrklausel des Landtagswahlgesetzes. Das gilt jetzt vor allem für den Block und die Deutsche Partei, die nicht zu einer Wahlgemeinschaft kamen, nachdem sie sich über die ersten Plätze der Landesliste zertritten hatten. Der Südschleswigsche Wählerverband, die politische Partei der nationalen Minderheit der Dänen im Landesteil Schleswig, wird diesmal mit einem oder zwei Abgeordneten in den Landtag einziehen können, nachdem vor allem auf Drängen der Sozialdemokraten von dieser Partei alle Sperrklauseln genommen wurden.

Worum wird es nun bei der Landtagswahl gehen? Da sind einmal die drei grossen landespolitischen Aufgaben: der Wohnungsbau, der Schulbau und die Arbeitsplatzbeschaffung, welche das Kabinetts v. Hassel

dreizehn Jahre nach Kriegsende immer noch nicht gelöst hat. Schleswig-Holstein ist das Bundesland, in dem es relativ noch die meisten üblen Barackenquartiere gibt und in dem ausserdem noch 100 000 Wohnungen fehlen. In den Großstädten des Landes und im Ring um Hamburg wird trotz der Aussiedlung von 900 000 Heimatvertriebenen noch heute der Schichtunterricht gegeben, und ausserdem warten viele über hundert Jahre alte Dorfschulen auf ihren Abbruch.

In Schleswig-Holstein wird heute noch die relativ grösste Arbeitslosigkeit gezählt. Es mangelt hier an guten industriellen Dauerarbeitsplätzen, die vor allem auch als zweiter Arbeitsplatz vonnöten sind, um den vielen Saisonarbeitern des Deichbaues, des Fremdenverkehrs und der Landwirtschaft eine durchgehende Beschäftigung zu geben und nicht zu zwingen, im Winter vor den Stempelstellen Schlange zu stehen.

Schleswig-Holstein, als Brücke zu Skandinavien, liegt immer in den grossen Schnittlinien der Aussenpolitik, die sich in den letzten Jahren immer stärker in den Bereich der Wehrpolitik verlagert haben. Bereits heute sind nördlich der Elbe rund 25 000 Bundeswehrsoldaten stationiert. Jeder fünfte Soldat steht an der Ostsee, eine Tatsache, die den Anstoss zu einem militärischen Wettrüsten im Ostseeraum geben könnte, vor allem, wenn etwa ab 1960 die Stationierung von Raketen akut wird.

Nach der Wahlen am 28. September wird keine der grossen beiden Parteien allein regieren können. Aber es ist keine gewagte Prognose, zu sagen, dass bei der Zusammensetzung eines neuen Koalitionskabinetts alles viel offener ist als jemals zuvor. Das ist in Schleswig-Holstein, wo ein Zusammengehen der Parteien rechts von der SED bisher zum guten Ton gehörte, eine bemerkenswerte Aussage. Die Politik der Christlichen Demokraten, die sich doch eigentlich wesentlich im Lande auf das Grossbauerntum stützt und jeden Schritt der NATO grossartig anhimmelt, hat vor allem bei den Freien Demokraten an Kredit verloren. Grosse Gruppen des von Zerfallserscheinungen heimgesuchten Gesamtdeutschen Blocks möchten sich ebenso aus der Umklammerung der übermächtigen Kanzlerpartei lösen, eine Haltung, die die in Opposition stehende Deutsche Partei wohl auch in erster Linie beibehalten will.